

Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen, liebe Leser, am Sonntag werde ich nach Hanoi fliegen, um dort als Beobachter am Prozess gegen den vietnamesischen Blogger und Menschenrechtler Ngyuen Huu Vinh teilzunehmen. Allerdings ist zum Zeitpunkt meiner Abreise noch nicht sicher, ob ich auch wirklich den Gerichtssaal betreten darf. Denn auf meinen Antrag zur Zulassung als Beobachter habe ich noch keine Antwort erhalten. Ich hoffe aber

sehr, dass die vietnamesischen Behörden meinem Antrag zustimmen und ich an dem Prozess teilnehmen kann. Mehr dazu auf der nächsten Seite.

Höhepunkt der abgelaufenen Woche war ein mit internationalen Experten besetztes Hearing zum Thema „Thailand – ist ein Entwicklungsland der Militärregierung absehbar?“. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen Beiträge zum verfassungsgebenden Prozess, der derzeit in Thailand abläuft.

Der erste Verfassungsentwurf wurde im letzten Herbst abgelehnt. Ungewiss ist zudem, ob sich das Militärregime an seine Zusage hält, demnächst Neuwahlen durchzuführen. Auch dazu mehr auf der nächsten Seite.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre
Ihr

Was treibt junge Menschen in den Dihad?

Aus aktuellem Anlass lud der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Innen der CDU/CSU-Fraktion, Stephan Mayer (CSU), Mitglieder der Fraktion am 16. März zu einem Fachgespräch mit anschließender Diskussionsrunde zum Thema „Was treibt junge Menschen in den Dihad?“ ein.

Dabei warnte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, vor der rasant wachsenden islamistischen Salafisten-Bewegung in Deutschland, die innerhalb der letzten vier Jahre auf über 8.500

Mitglieder gestiegen und insbesondere auf das Anwerben von Jugendlichen ausgerichtet ist.

Auch im Internet verbreite sich der Islamismus vor allem über die sozialen Netzwerke mittels besonders „jugendgerechter“, professionell produzierter Formate, welche direkt die emotionalen Bedürfnisse vieler Jugendlicher nach Anerkennung, Orientierung und Geborgenheit ansprechen, so Patrick Frankenberg, Leiter des Projekts „Islamismus im Internet“ bei jugendschutz.net.

Aufgabe von Initiativen wie jugendschutz.net oder das

von Thomas Mücke gegründete Violence Prevention Network e.V., ist es vor allem der Radikalisierung durch präventive Aufklärung und Gesprächsangebote vorzubeugen.

Grundsätzlich sahen die Referenten jedoch bereits gute Konzepte der Extremismusprävention in Deutschland und betonten besonders die gute Zusammenarbeit mit Internetportalen wie YouTube, wo mittlerweile ca. 90 Prozent der als extremistisch eingestuften Videos gelöscht werden.

Prozessbeobachter im Verfahren gegen den vietnamesischen Blogger Nguyen Huu Vinh

Am Sonntag werde ich nach Hanoi fliegen, um dort als Prozessbeobachter an dem Verfahren gegen den Blogger Nguyen Huu Vinh teilzunehmen. Nguyen Huu Vinh, Bloggername Anhbasam („Der Quatscher“), ist einer der prominentesten Blogger und Menschenrechtsaktivisten in Vietnam. Er wurde am 5. Mai 2014 zusammen mit seiner Mitarbeiterin Nguyen Thi Minh Thuy verhaftet. Ein erster Prozesstermin im Januar wurde abgesagt. Nun ist ein neuer Termin für den 23. März anberaumt, 8:30 Uhr Ortszeit. Ich werde an diesem Tag beim Volksgericht in Hanoi anwesend sein. Ich habe einen Antrag auf Zulassung als Prozessbeobachter gestellt, aber noch keine Zusage erhalten.

Der Vorwurf gegen Herrn Vinh lautet „Missbrauch demokratischer Freiheiten.“

Ich gehe davon aus, dass Herr Nguyen Huu Vinh mit dem ihm zur Last gelegten Verhalten seinem Heimatland Vietnam keinen Schaden zufügen wollte, sondern aus seiner Sicht an einer gedeihlichen und positiven Entwicklung seines Landes interessiert war und ist.

Die Menschenrechtsorganisation Veto hat die Verhaftung Vinhs und seiner Mitarbeiterin als „willkürlich“ bezeichnet. Veto hat auf verschiedene Rechtsverletzungen im bisherigen Verfahren aufmerksam gemacht. So wurde die maximale Untersuchungshaftdauer von neun Monaten überschritten. Auch versuchen die vietnamesischen Behörden, den Prozess zu verzögern. Der Volksgerichtshof von Hanoi hat die Akten dreimal an die Oberste Staatsanwaltschaft (Supreme Procuracy) zurückverwiesen. Nach der vietname-



Blogger Nguyen Huu Vinh

sischen Strafprozessordnung sind nur zweimal erlaubt (Art. 121 VN – Strafprozessordnung).

Als Mitglied im Menschenrechtsausschuss beschäftigt mich die ungerechtfertigte Verhaftung des Bloggers schon länger. Mehrfach habe ich mich im Bundestag mit seiner Frau getroffen und ihr meine Unterstützung zugesichert. Auch im Rahmen des Programmes „Parlamentarier schützen Parlamentarier“, das auch für Menschenrechtsaktivisten gedacht ist, setze ich mich für Herrn Vinh ein. Nicht zuletzt habe ich in einem Brief an den vietnamesischen Außenminister Pham Binh Minh für ein faires Verfahren mit dem Ziel einer Freilassung plädiert.



Die Ehefrau des inhaftierten Bloggers, Frau Le Thi Minh Ha, besuchte mich schon mehrfach in meinem Berliner Büro.

Thailand: Urlaubsparadies mit schwarzen Schatten



Jochen Feilcke, (RBF), Prof. Peter J. Leyland, Verapat Pariyawong, Prof. Pavin Chachavalpongpun, Michael Gourary (RBF)

Am 16. März habe ich zahlreiche Akademiker, Bundestagsabgeordnete, Journalisten und Interessierte zu einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Thailand auf dem Wege zur Demokratie“ in den Deutschen Bundestag eingeladen. Ziel der Veranstaltung war es, eine Bestandsaufnahme der Situation der Demokratie in Thailand zu ermöglichen, die einen ganz anderen Blickwinkel als die übliche Kenntnis über das Urlaubsparadies bietet. Es war die erste von insgesamt drei Anhörungen, die sich Stück für Stück diesem so fern scheinenden Thema nähern möchten, um so die Menschenrechte auch dort zu stärken.

Der bekannte englische Verfassungsrechtler Professor Peter Leyland von der School for Oriental Studies in London vermittelte die historische Perspektive und eine Einordnung der Verfassungssituation in Thailand. Er erklärte, wie die jetzige Verfassung die Möglichkeiten der Demokratie von vornherein einschränkt und einen Rückfall in der thailändischen Geschichte darstellt.

Verapat Pariyawong von der Londoner Universität stellte den Zusammenhang zwischen den aktuellen thailändischen Verfassungsentwürfen und den Einschränkungen der Demokratie dar. Besonderes Augenmerk legte er auf die strukturellen Defizite und auf die Beschneidung der Pressefreiheit. Abschließend berichtete Professor Pavin Chachavalpongpun von der Universität Kyoto in Japan über die Parteienkonflikte und die Einflussnahme des Militärs. Beides hat er auch sehr eindrücklich persönlich erfahren und so zusätzliche internationale Be-

kanntheit neben seiner akademischen Bedeutung erlangt. Ihm wurde der Reisepass abgenommen und seine Familie drangsaliert, um seine Kritik an der Militärregierung zu unterbinden. Auch in Deutschland gab es Probleme mit seinen Ausweispapieren.

Für mich sowie für die Organisation Remembrance Forum, mit der ich die Anhörung organisiert habe, und für allen Anwesenden ist klar geworden, dass die Situation in Thailand ein Thema bleiben wird, das unsere Beachtung finden sollte.



im Podium mit Verapat Pariyawong

Thailand: Immer wieder putscht das Militär

Der südostasiatische Staat ist mit knapp 70 Millionen Einwohnern einer der bevölkerungsreichsten in der Region, bestehend überwiegend aus Thais, aber auch aus einem kleineren Anteil Chinesen und im Süden Malaien.

Während der Buddhismus mit über 95 Prozent der Bekenntnisse dominierend ist, gibt es Minderheiten von Muslimen und sehr wenigen Christen. Das Land ist ein Königreich. König der konstitutionellen Monarchie ist der seit 1946 regierende König Bhumibol Adulyadej, dessen Gesundheitszustand instabil ist. Die Herrschaft des entkräfteten Königs, der in diesem Jahr 89 Jahre alt wird, hat zu einem verheerenden Schaden für die Demokratie geführt, da das Machtvakuum durch das Militär gefüllt wird.

Dies ist ein altbekannter Vorgang. So zählt man seit 1932

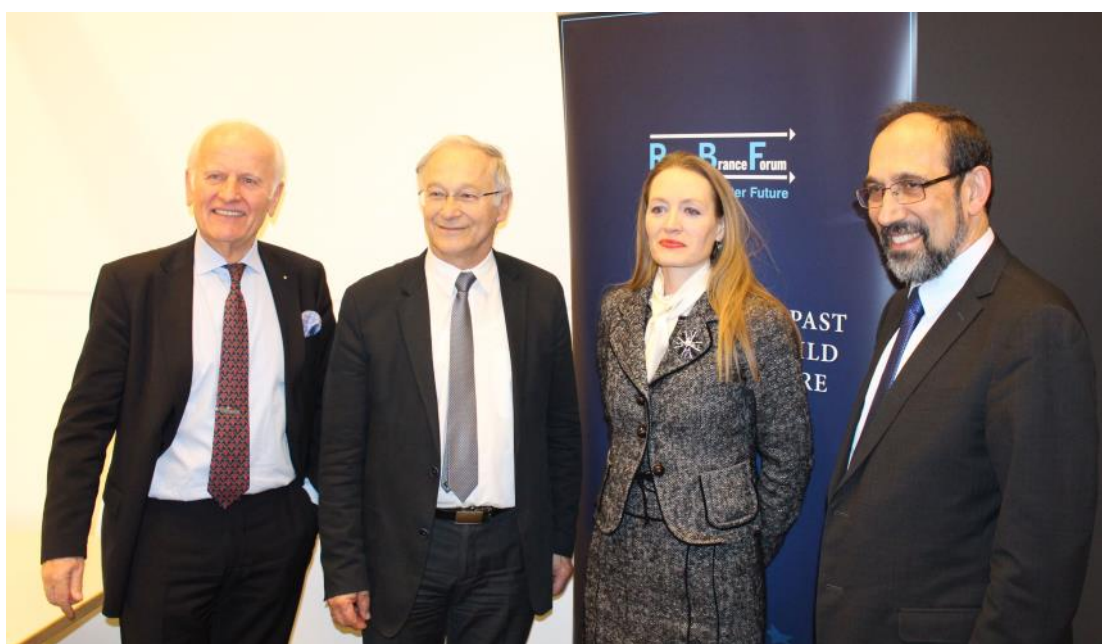


von links: Andrea Hitzemann und Jochen Feilcke

mehr als 20 Militärputsche, die über das Land ergangen sind. Entscheidend für die aktuelle Entwicklung ist der letzte Militärputsch vom Mai 2014. Dabei wurde die gewählte Regierung Thailands gestürzt, das Parlament aufgelöst und die Verfassung aufgehoben. Diese Aushebelung der Demokratie hat zu massiven Menschenrechtsverletzungen geführt.

die sich kritisch zu dem Vorgehen des Militärs geäußert haben, wurden aus der Öffentlichkeit gedrängt. Das Militär hat angekündigt eine neue Verfassung zu verabschieden. Doch die beiden ersten Entwürfe stellen weder die demokratischen Institutionen wieder her noch sichern sie die Einhaltung der Menschenrechte.

Journalisten und Akademiker,



Jochen Feilcke, Noelle Anne O'Sullivan, Michael Gourary (RBF)

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Hinter den Kulissen der Politik

Ein vierwöchiges Praktikum, welches ich im Rahmen meines Jura-Studiums an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) im Büro des Bundestagabgeordneten Martin Patzelt absolvierte, erlaubte es mir einen persönlichen Eindruck des parlamentarischen Alltags zu bekommen und viel über die Aufgaben und Pflichten eines Bundestagsabgeordneten zu erfahren.

So bot sich mir während der Sitzungswochen im Bundestag die Gelegenheit Herrn Patzelt zu seinen Ausschüssen und Arbeitsgruppen zu begleiten, an einer parlamentarischen Anhörung teilzunehmen und zahlreiche Veranstaltungen im Rahmen des Praktikantenprogramms der CDU/CSU-Fraktion zu besuchen, darunter unter anderem eine Diskussionsrunde mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und ein



mit Anton Lehnen

Besuch des Bundeskanzleramtes.

In den sitzungsfreien Wochen durfte ich die Arbeit Herrn Patzelts für den Wahlkreis Frankfurt (Oder) näher kennenlernen und begleitete ihn zu verschiedenen Gymnasien, wo er sich mit weiteren Bundestagsabgeordneten den Fragen von Schülern stellte. Für diese hochinteressante und lehrreiche

Zeit möchte ich mich

ganz herzlich bei Herrn Patzelt bedanken und insbesondere auch bei seinen Mitarbeitern Helmut Uwer, Katja Frenkel und Maria Blömer. Ich fühlte mich bei Ihnen sehr gut aufgehoben, werde die familiäre Atmosphäre im Büro sowie das tolle Arbeitsklima vermissen und würde jederzeit gerne wiederkommen.

Anton Lehnen

Reform der Pflegeberufe bis 2018

Ab 2018 soll es nur noch eine Ausbildung zum Pflegeberuf geben. Das ist die Intention der Pflegereform, die am 18. März in erster Lesung im Deutschen Bundestag beraten wurde.

Die Berufe Kranken-, Kinderkranken- und Altenpfleger werden künftig zum Berufsabschluss Pflegefachfrau bzw. Pflegefachmann verschmolzen. Damit

sollen die Pflegeberufe zukunftsgerecht weiterentwickelt, attraktiver gemacht und inhaltlich qualitativ verbessert werden. Derzeit werden in den drei Bereichen jährlich mehr als 133.000 Menschen ausgebildet.

Die künftige generalistische Ausbildung soll auf einen Einsatz in allen Arbeitsfeldern vorbereiten und einen Wechsel zwischen den

Pflegebereichen ermöglichen. Weiterhin soll es den Pflegekräften wohnortnahe Beschäftigungsmöglichkeiten sowie zusätzliche Einsatz- und Aufstiegsmöglichkeiten eröffnen. Die Ausbildung ist auf drei Jahre angelegt, kann in Teilzeit aber auf fünf Jahre gestreckt werden. Sie ist künftig in allen Bundesländern kostenlos.